

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die eingeleiteten politisch-operativen Maßnahmen ergaben, daß auch nach dem 3. 12. 1987 die Gruppe "Wolfspelz" ihre Bemühungen fortsetzte, in Dresden eine Mahnwache für den Fall vorzubereiten, daß die ultimativen Forderungen zur Einstellung der staatlichen Maßnahmen gegen die Beteiligten an den Vorkommissionen in der Berliner Zionskirche nicht erfüllt würden.

Besonders aktiv beteiligten sich dabei die Mitglieder der Gruppe [REDACTED] und [REDACTED] sowie [REDACTED] [REDACTED]. Seit der Rückkehr der [REDACTED] und des [REDACTED] aus der Berliner Zionskirche wurde ständig die Verbindung zu den Initiatoren unterhalten und zur Auswertung der eingehenden Informationen fanden fast täglich Beratungen der aktivsten Gruppenmitglieder statt.

Sie verstärkten ihre Bemühungen, für die geplante Mahnwache kirchliche Räume zur Verfügung gestellt zu bekommen und fertigten eine Übersicht zu Personen, die bereit sind, an einer solchen Mahnwache teilzunehmen. In den geführten Gesprächen äußerte sich [REDACTED] unter anderem dahingehend, daß [REDACTED] eine Mahnwache nicht für das geeignete Mittel hält, um die Forderungen der Gruppe mit der notwendigen Aggressivität in der Öffentlichkeit zu vertreten. [REDACTED] erwog erneut die bereits in Berlin geäußerte Absicht, in einen Hungerstreik treten zu wollen.

Nach Bekanntwerden der staatlichen Entscheidung zur Einstellung der strafprozessualen Maßnahmen in Berlin, fand am Abend des 4. 12. 1987 eine "Siegesfeier" statt, an der sich ca. 20 Personen beteiligten.

Im Ergebnis der staatlichen Entscheidung wurde die Absicht der Durchführung einer Mahnwache fallengelassen. (Anlage)

Streng vertraulich wurde bekannt, daß durch die Anwesenden ein "Offener Brief" mit dem Inhalt,

"Mit Genugtuung nehmen wir die Einstellung der Ermittlungsverfahren, die im Zusammenhang mit der Durchsichtung der Umweltbibliothek Berlin gegen vier unsere Freunde eingeleitet wurden, zur Kenntnis. Wichtig war die breite Solidarität, die die Mahnwache aus der Bevölkerung erfuhr. Diese Erfahrung bestärkten uns, zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beizutragen. Aus der Notwendigkeit des Dialoges für den Fortbestand und die Entwicklung der Gesellschaft fordern wir den Eintritt der Regierung in einen offenen Dialog. Eine weitere Entrechtung der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsinitiativen verbietet sich dann von selbst. Deshalb erwarten wir eine Legalisierung auch nichtkirchlicher Publikationen dieser Initiative. Das schließt auch die Zeitung "Grenzfall" ein.

Mit der Rücknahme widerrechtlicher Entscheidungen geben wir uns nicht zufrieden. Wir werden uns für die Mündigkeit und die Rechte der Bürger in unserem Land einsetzen."

verfaßt wurde. Dieser wurde von insgesamt 20 Teilnehmern unterschrieben und an das Politbüro des ZK der SED adressiert.